

Sollten die noch bestehenden Casinos unterstützt werden?

Im Januar verkündete der Casinoverband Liechtenstein, der im März aufgelöst wurde, dass der Sperrlisten austausch mit der Schweiz hohe Umsatzeinbussen mit sich bringen werde. Die Regierung sah damals die Situation gemäss einem Bericht im «Vaterland» gelassen. Am 29. Januar stellte das LV Casino in Eschen seinen Betrieb ein. **Nun kapituliert auch das älteste Casino im Land – das Admiral in Ruggell eröffnete im August 2017 – auf Ende September.** Grund dafür seien etwa die Erhöhung der Geldspielabgaben, die Verschärfung des Verhältnisses von Spieltischen zu Spielautomaten und Vorgaben, die mehr Personal erforderten. Von den einst neun Casinos während der Hochphase im Land werden noch vier übrig bleiben.

«Ein wichtiger Beitrag zur Wertschöpfung»

Johannes Hasler

Gemeindevorsteher Gamprin der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)

Die jüngsten Schliessungen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Branche sind für viele Betroffene, insbesondere für die Mitarbeitenden, eine belastende Situation. Der Gesetzgeber hat sich vor Jahren dazu entschieden, Spielbanken in Liechtenstein zuzulassen. Als Folge davon haben sich mehrere Spielbanken in Liechtenstein angesiedelt. Die entsprechend hohen Investitionen erfolgten im Vertrauen auf verlässliche und somit stabile Rahmenbedingungen. Trotzdem wurden die Rahmenbedingungen aufgrund neuer Spielbanken sowie hoher Geldspielerträge auf Gesetzes- und Verordnungsstufe angepasst. Wie wir nunmehr wissen, führt dies in Kombination mit dem erwähnten Sperrlisten austausch ausschliesslich mit der

Schweiz – speziell im Vergleich zu Österreich – nicht nur zu einem hiesigen Wettbewerbsnachteil, sondern potenziell zum Sterben einer ganzen Branche in Liechtenstein.



Im Sinne unseres Standortes und zur Vermeidung von weiteren Leerständen gilt es aus diesem Grund rasch entsprechende Anpassungen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe vorzunehmen. Unser Ziel muss es dabei sein, einen verantwortungsvoll regulierten Spielbankenstandort zu erhalten, der sowohl den Spielerschutz gewährleistet als auch wirtschaftliche Perspektiven bietet. Dabei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass unsere Spielbanken auch einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und zu den Staatseinnahmen leisten.



«Unterstützt die Bevölkerung, nicht die Casinos»

Benjamin Risch

Stellvertretender Abgeordneter der Freien Liste (FL)

Überraschenderweise hat sich meine Haltung gegenüber Casinos in den letzten sechs Monaten nicht geändert. Wie ich bereits im Februar zu diesem Thema gesagt habe, ist es nicht Aufgabe der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, eine Branche zu subventionieren, die jahrelang hohe Gewinne auf Kosten von Spielsüchtigen erzielt hat. Jetzt alle Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen mit einer staatlichen Unterstützung in Mithaftung zu nehmen, wäre eine grenzenlose Frechheit.



Entlastungen sollen den Menschen in Liechtenstein zugutekommen, nicht den Casinos. Wir sollten unsere Mittel dort einsetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden: zur Entlastung des Mittelstandes durch Senkung der Lebenshaltungskosten, zum Ausbau der Infrastruktur oder zur Schaffung öffentlicher Freiräume. Kurz: um die Lebensqualität aller Menschen in Liechtenstein zu fördern und nicht, um eine Eintagsfliege künstlich am Leben zu erhalten.

«Die wegbrechenden Spielbankenerträge erfordern Einsparungen an anderer Stelle»

Thomas Rehak

Landtagsabgeordneter der Demokraten pro Liechtenstein

Auch für Casinos sind wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen notwendig. Der Staat hat dabei ein doppeltes Interesse: Einerseits sichern die Geldspielabgaben wichtige Einnahmen, andererseits muss er den Risiken im Zusammenhang mit Spielsucht Rechnung tragen.

Im 1. Halbjahr 2025 verzeichneten die Spielbanken gegenüber der Vorjahresperiode einen Rückgang des Bruttospielertrags von 58,13 Prozent sowie der Geldspielabgabe von 58,51 Prozent. Hauptursache hierfür

war der Austausch der Sperrlisten mit der Schweiz.

Es ist davon auszugehen, dass die Geldspielabgaben um rund 30 Millionen Franken tiefer ausfallen werden. Diese Mittel werden kaum vollständig kompensiert werden können und müssen daher in dieser Legislatur eingespart werden. Als mögliche Option zur Verbesserung der Rahmenbedingungen könnten Anpassungen beim Verhältnis von Spieltischen zu Automaten sowie bei den Online-Angeboten geprüft werden.



«Was der Sperrlisten austausch mit der Schweiz offengelegt hat»

Tanja Cissé

Landtagsabgeordnete der Vaterländischen Union (VU)

Die Entwicklung im Casinosektor kommt nicht überraschend – und sie ist in ihrer Deutlichkeit dennoch erschreckend. Innerhalb weniger Monate haben sich die wirtschaftlichen Aussichten der Branche massiv verschlechtert. Das liegt nur zum Teil an den verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen in Liechtenstein. Entscheidend ist vor allem der Sperrlisten austausch mit der Schweiz – und was dieser offengelegt hat.

Denn dass mit dem Inkrafttreten dieser Massnahme die Umsätze derart drastisch eingebrochen sind, lässt kaum einen anderen Schluss zu, als dass ein grosser Teil der

Einnahmen auf gesperrte, das heisst mutmasslich spielsüchtige Personen aus der Schweiz zurückzuführen war. Dass Liechtenstein über Jahre hinweg auf dem Rücken dieser Menschen eine millionenschwere Branche aufgebaut hat, ist eine Realität, der wir uns heute stellen müssen.

Natürlich tragen auch die laufenden Verschärfungen bei Steuern, Spieltischregelungen und Personalvorgaben zur angespannten Lage bei. Wir haben diese Schrauben selbst und bewusst enger gezogen – weil wir als Staat anfangs von der Dynamik des Casinobooms überrollt wurden und erst nach-

träglich versucht haben, steuernd einzugreifen.

Die Forderung nach Unterstützung der verbliebenen Casinos ist vor diesem Hintergrund kritisch zu betrachten. Ich kann das Argument der Rechtsstaatlichkeit und verlässlicher Rahmenbedingungen nachvollziehen – gerade gegenüber Investoren. Die aktuellen Zahlen zeigen aber deutlich, dass wir jahrelang von Menschen profitiert haben, die eigentlich geschützt werden müssten. Wenn Spielsucht zum Geschäftsmodell wird, tragen wir als Gesellschaft Mitverantwortung. Das sollte uns nachdenklich stimmen – und eine staatliche Unterstützung umso fragwürdiger machen.

